

Antrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragsteller Klubobmann Dominik Oberhofer)
betreffend:

Integration – 300 Psychagogen (= psychologisch und pädagogisch ausgebildete Sozialarbeiter_innen) für Tirols Schulen und elementarpädagogische Einrichtungen

Der Landtag wolle beschließen:

**„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, 300 Psychagogen
Anstellungen zu finanzieren, damit die Schulsozialarbeit noch weiter gestärkt
werden kann.“**

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Föderalismus und Europäische Integration

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Pflege und Soziales

Begründung:

NEOS Tirol fordern schon seit Langem, Schulen mit ihren zahlreichen Herausforderungen, neben Schulsozialarbeiter_innen auch Psychagog_innen zur Verfügung zu stellen. Schüler_innen aus einem belasteten familiärem Setting, Schüler_innen mit Fluchthintergrund und Schüler_innen, die innerhalb unterschiedlicher Kulturen Orientierung suchen, benötigen neben Lernhilfe auch psychologische Unterstützung. Erst wenn die emotionale Ebene gesichert ist, können Lernprozesse gelingen.

Gerade die schulische Förderung von Schüler_innen im Rahmen der Ganztagschule kann nicht zufriedenstellend angeboten werden, da einerseits die organisatorischen Rahmenbedingungen (zB. zu große Gruppen) defizitär sind

und andererseits zu wenige ausgebildete Freizeitpädagog_innen zur Verfügung stehen. Ursprünglich sollten in Ganztagschulen nur ausgebildete Freizeitpädagog_Innen zum Einsatz kommen. Davon sind wir weit entfernt. Das Berufsprofil von Freizeitpädagog_innen ist wenig attraktiv, da es meist nur ein Halbtagsjob mit geringer Bezahlung ist. Die kürzlich geschaffene Ausbildung zur Lernhilfe-Betreuer_in ist ebenso wenig ansprechend. Einem geforderten Matura-Niveau steht eine geringe und schlecht bezahlte Anstellungsmöglichkeit dagegen.

Aus diesen Gründen benötigen einige Schulen in Tirol die Unterstützung von Psychagog_innen. Erst mit ausreichend ausgebildetem Personal und entsprechenden Raumressourcen können auch mehr verschränkte Ganztagsklassen etabliert werden. Sie werden schon lange gefordert, aber die Rahmenbedingung dafür sind noch nicht ausreichend hergestellt.



Innsbruck, am 12. November 2020